



Das grüne Herz muss wieder kraftvoll schlagen

Bedingungen der CDU-Fraktion für den Landeshaushalt 2022

Thüringen ist das grüne **Herz und die Mitte Deutschlands**. Im Freistaat arbeiten die Menschen hart. Sie sind viel stärker als die derzeitige Landesregierung. Die Minderheitsregierung hat den Anspruch aufgegeben, Thüringen zu einem Spitzenland für die Bürgerinnen und Bürger zu machen. Weil die **rot-rot-grüne Landesregierung falsche Schwerpunkte** setzte, hat der Freistaat in den letzten Jahren den Anschluss verloren:

- Weniger Lehrer, mehr Unterrichtsausfall, mangelnde Ausstattung der Schulen.
- Weniger Gewerbe- und Unternehmensgründungen, aber höhere Steuern.
- Weniger Polizeibewerber, fehlende Wertschätzung für Polizei, Feuerwehr und Rettungswesen.
- Weniger Mediziner und längere Wege zum Arzt.
- Weniger Geld für den ländlichen Raum, aber mehr Belastungen für die Dörfer.

Darunter leiden Thüringen und seine Bürger! **Das grüne Herz Deutschlands muss dringend wieder kräftiger schlagen**. Die nächsten Jahre werden entscheiden, in was für einem Land wir leben werden. Reicht uns das Mittelmaß oder geben wir das Tempo in Deutschland vor? Ziehen wir Menschen an oder vertreiben wir sie aus dem Land?

Wir wollen **Thüringen zum attraktivsten Bundesland in Deutschland machen**. Wir wollen ein Land, in dem alle Menschen beste Entwicklungschancen haben und beste Bildung garantiert ist. Wir wollen ein Land, in dem sich die Menschen im Ruhestand genauso gut aufgehoben fühlen wie Familien mit Kindern. Wir wollen ein Land, in dem sich Leistung lohnt und dass für Wirtschaft wie Wissenschaft beste Voraussetzungen bietet. Wir wollen ein Land, das die Dörfer und kleinen Städte aufleben lässt. Wir wollen ein Land, das sich zügig modernisiert und zugleich selbstbewusst seine Kultur und Traditionen pflegt. **Wir wollen ein lebens- und liebenswertes Thüringen, das für seine Menschen Heimat ist und bleibt!**

Die rot-rot-grüne Minderheitsregierung packt vieles falsch an und setzt falsche Schwerpunkte. Unser Ziel ist ein Politikwechsel in Thüringen, der sich an den Menschen und der Mitte der Gesellschaft orientiert, ausgleichend wirkt und ideologische Experimente ablehnt. Als **Minderheitsregierung** verfügt Rot-Rot-Grün über **keine eigene Mehrheit im Parlament** und das in einer Zeit, in der die Folgen der Corona-Pandemie bewältigt werden müssen. Wir sind uns als Opposition der **Verantwortung für unser Land**, für die Bürger, Kommunen, Mittelstand und Handwerk, soziale Einrichtungen bewusst. Im Interesse der **Zukunft unseres Landes** und auf Grundlage unserer **Werte und Positionen** verstehen wir uns als **Opposition der Mitbestimmung**. Doch heißt dies nicht blinde Zustimmung zu einem Landeshaushalt, der den Freistaat in die falsche Richtung führt. Aus diesem Verständnis heraus formulieren wir **Bedingungen zu einem Landeshaushalt**. Es ist ein Angebot an die Gesprächspartner im Parlament und in der Minderheitsregierung mit **konkreten Vorschlägen** für den Landeshaushalt, Änderungen bei Gesetzen und Verordnungen zu einem Haushalt 2022 zu kommen. Wir sind den Menschen in unserem Land verpflichtet und wollen verantwortungsvoll die Weichen für ein modernes und zukunftsorientiertes Thüringen stellen.

1. Dörfer und kleine Städte wieder in die Mitte rücken

Der von der Landesregierung vorgelegte Haushalt ist ein weiterer Teil des rot-rot-grünen Fortsetzungsromans einer systematischen Politik gegen die Bürger in den Thüringer Dörfern und kleinen Städten. Und dass, obwohl in Thüringen mehr Menschen in den 535 Gemeinden mit unter 5.000 Einwohnern leben als in den vier Städten mit über 50.000 Einwohnern. Die CDU-Fraktion versteht sich als Kommunalaufsicht der Landesregierung, die sich für die Bürger in unseren Dörfern, Städten und Landkreisen einsetzt.

- Land und Kommunen können nur erfolgreich sein, wenn sie die Herausforderungen gemeinsam angehen. Um dies zu garantieren, bedarf es endlich einer **Reform des kommunalen Finanzausgleichs** und der längst überfälligen Aufnahme des vollständigen **Konnexitätsprinzips in die Thüringer Verfassung** (Drs. 7/1628). Damit unsere Kommunen wieder Luft zum Atmen bekommen, müssen die von rot-rot-grün vorgesehenen Benachteiligungen für unsere Landkreise, Gemeinden und Städte mit dem Haushalt 2022 zurückgenommen werden (zusammen + 100 Mio. €). Es braucht eine neue Fairness zwischen dem Land und der kommunalen Familie.
- In Thüringens Dörfern muss das grüne Herz wieder kraftvoll schlagen. Sie sind Zukunftsräume, in denen jene Projekte umgesetzt werden, die die Menschen in ihrer Heimat bewegen und den Zusammenhalt stärken. Dies gelingt durch **unser Kleine-Gemeinden-Programm** (30 Mio. €), mit dem Gemeinden eine pauschale Zuweisung in Höhe von 200 € je Einwohner für die ersten 250 Einwohner ihrer Gemeinde erhalten (max. 50 T € pro Gemeinde).
- Alle Teile Thüringens müssen attraktiv sein und gleichwertig hohe Lebensqualität bieten. Dörfer und kleine Städte dürfen nicht länger abgehängt werden. Wir setzen uns für eine moderne Daseinsvorsorge vor Ort ein: Mindestens **30 Dorfläden** (24 h-Konzept) sollen in 2022 entstehen. Die Digitalisierung eröffnet neue Wege für mehr Lebensqualität und Thüringen sollte sie nutzen (8 Mio. €). Darüber hinaus braucht es 2022 endlich ein **integriertes Mobilitätskonzept**, um die zentralen Orte für alle Menschen im Freistaat erreichbar zu machen. Daneben muss es möglich sein, alltägliche Wege auch mit dem eigenen Fahrzeug zu erledigen. Deshalb sollen die Mittel für Investitionen in den **kommunalen Straßenbau und in Radwege** (+ 10 Mio. €) sowie die **Abwasserinfrastruktur** (+ 5 Mio. €) bedarfsgerecht erhöht werden, um kombiniert eingesetzt dem Investitionsstau im ländlichen Raum entgegenzuwirken. Die Jüngsten müssen schon von Beginn an überall im Freistaat einen guten Start haben: Mit einem **Zukunftsprogramm Geburtshilfe** wollen wir einen Sicherstellungs-zuschlag für Geburtsstationen im ländlichen Raum einführen (15 Mio. €).

Auf dem Weg in eine ökologische nachhaltige Zukunft ist der Ausbau der erneuerbaren Energien ein zentrales Schlüsselement. Dies passiert überwiegend auf dem Land. Daher braucht es einen guten Mix, um die Akzeptanz zu erhöhen:

- Neben der dauerhaften Festlegung auf ein Verbot von Windkraftanlagen im Wald, ist die Einführung einer **1.000-Meter-Abstandsregelung von Windkraftanlagen** zur Wohnbebauung hierfür ein geeignetes Mittel (Drs. 7/1584). Zudem sollten die Möglichkeiten anderer regenerativer Energiequellen genutzt werden. Dazu braucht es eine Richtlinie für das Programm **GeoInvest** und im Haushalt müssen ausreichend Fördermittel für **Solarenergie** (+ 6 Mio. €) und **Wasserkraft** sowie innovative **Biogasprojekte** bereitgestellt werden.

- Thüringen soll zu einem zentralen Vorreiter der nachhaltigen Biokreislaufökonomie mit Holz werden. Im grünen Herzen Deutschlands wächst der Klimaschutz vor der Haustür. Wir setzen uns für die Errichtung eines "**Innovationszentrum Holz**" und die Verstetigung der **Klimaschutzprämie** für die kommunalen und privaten **Waldbesitzer** ein (15 Mio. €). Pilotprojekte für innovatives Bauen mit nachhaltigen Rohstoffen wollen wir besonders fördern (+ 5 Mio. €).

2. Heimat für Familien schaffen und gute Bildung garantieren

Familien in Thüringen dürfen nicht länger immer neuen Belastungen ausgesetzt werden. Statt rot-rot-grüner Bevormundung brauchen Familien Anerkennung und Unterstützung, um generationsübergreifend füreinander Verantwortung übernehmen zu können. Dies gilt auch für die Wahl des Lebensmittelpunkts und den Wunsch, Wohneigentum zu erwerben oder ein Eigenheim zu bauen.

- Mit einer Wohnungseigentumsquote von 45 Prozent ist Thüringen ein Bau- und Wohneigentumsland. Mindestens jeder zweite Thüringer soll in seinen eigenen vier Wänden leben. Unser Anspruch ist: **Wer bauen will, soll bauen können!** Das muss für jeden Ort in Thüringen gelten. Wir wollen den Charakter der Orte erhalten und Gemeinden in die Lage versetzen, eine Bauplanung voranzubringen, um Bauland zu schaffen. Dafür müssen vorhandene Regeln evaluiert und auf den Prüfstand gestellt werden (beispielsweise das **Bauen in zweiter Reihe oder im ortsnahen Außenbereich**). Die Ausweisung von Wohngebieten darf nicht länger von den Interessen höherrangiger Zentren blockiert werden, weil so bezahlbares Bauland und eine Entlastung für die Städte entsteht. Hierzu bedarf es einer ergänzenden Regelung im Landesentwicklungsprogramm und einer Anpassung der Bauordnung.
- Mit dem **Kinderbaulandbonus** wollen wir bauwillige Familien unterstützen und einen zusätzlichen Anreiz zur Ansiedlung bieten. Das Programm muss sofort und dauerhaft zur Verfügung stehen (+ 5 Mio. €). Um Familien für eine Sanierung statt Neubau zu begeistern, soll es beim Kinderbaulandbonus einen **Altbau-Zuschlag** mit höheren Fördersätzen geben. Außerdem soll eine **Bezuschussung von Sanierungsgutachten** möglich sein.
- Kurze Beine brauchen kurze Wege: Gerade für Familien ist ein wohnortnahes Bildungsangebot ein wichtiges Auswahlkriterium bei der Suche nach einem Wohnort. Hier fordern wir die Schaffung und Umsetzung zusätzlicher Anreize in Form von **Leistungsprämien** und **Zulagen für Lehrerinnen und Lehrer im** derzeit vom Unterrichtsausfall und Lehrermangel besonders betroffenen **ländlichen Raum**. Gleiches gilt für den längst überfälligen Ausbau von **Ausbildungsstrukturen** für zukünftige Lehrerinnen und Lehrer durch die Schaffung von Studienseminaren **in allen Schulamtsbezirken** (+ 2 Mio. €).
- Darüber hinaus müssen im Haushalt ausreichend Mittel zum Abbau des Investitionsstaus im Bereich der **Digitalisierung der Schulen** (+ 5 Mio. €) bereitgestellt werden. Jede Schule braucht einen leistungsfähigen Breitbandanschluss und jeder Schüler Zugang zu digitalen Lernangeboten. Deshalb fordern wir die Umsetzung des Landtagsbeschlusses zur Digitalisierung des Thüringer Schulwesens (Drs. 7/3843).
- Gute Bildung braucht nicht nur wohnortnahe Schulen, sondern ein Schulsystem, das sich an den Begabungen und Fähigkeiten unserer Kinder orientiert. Das gilt insbesondere für Kinder mit besonderem Förderbedarf. Um echte Wahlfreiheit zu gewährleisten, müssen die **Thüringer Förderschulen erhalten** und die Reduzierung der Mittel und Stellen für die Förderschulen beendet werden (Drs. 7/4521).

3. Innere und soziale Sicherheit garantieren – Gemeinschaft und Zusammenhalt stärken

Sichere Straßen und Plätze sind in Thüringen nicht mehr selbstverständlich. Die Menschen fühlen sich nicht mehr sicher. Zu wenig Polizisten auf der Straße und eine technische Ausstattung, die hinter anderen Ländern zurücksteht, machen Kriminellen und Gewalttätern leichtes Spiel. Statt immer mehr Polizisten für immer neue Verwaltungsaufgaben einzusetzen, brauchen wir mehr Bürgernähe und Sichtbarkeit.

- Die Thüringer Sicherheitsbehörden müssen personell und technisch so ausgerüstet werden, dass sie ihre Aufgaben in vollem Umfang erfüllen können. Hierzu bedarf es einer **Digitalisierungs- und Technikoffensive** von der Polizeidienststelle über den Streifenwagen bis zum Polizeibeamten vor Ort (2 Mio. €). Um flächendeckende Sicherheit im ganzen Land zu garantieren, fordern wir den Einsatz von ausreichend Kontaktbereichsbeamten sowie **Videoüberwachung an gefährlichen Orten** (Drs. 7/1727). Hierfür sind finanzielle Mittel durch das Land zur Verfügung zu stellen (400 T €). Und für die flächendeckende Ausrüstung unserer Polizisten mit **BodyCams** fordern wir die Änderung des Polizeiaufgabengesetzes (Drs. 7/2792) und die Bereitstellung der erforderlichen Mittel (600 T €). Beim Brand- und Katastrophenschutz hat die Ausstattung für **Feuerwehrlhäuser, -fahrzeuge, -geräte und Ausrüstungen** für uns Vorrang (Drs. 7/2290). Die eingestellten Mittel müssen für 2022 mindestens auf dem Vorjahresniveau verbleiben (5 Mio. €).

In Thüringen soll sich jeder in seiner besonderen Lebenssituation im Freistaat sicher fühlen können. Sicherheit hat für uns auch eine soziale Dimension.

- Ältere oder in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen in ganz Thüringen müssen sich auf eine gute Pflege und ärztliche Versorgung verlassen können. Deshalb muss in 2022 die längst überfällige Fortschreibung des **Landeskrankenhausplans** beginnen. Unsere Vorschläge hierfür sowie für eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung in Thüringen liegen vor (Drs. 7/2041). Für eine Stärkung der häuslichen Pflege und die Entlastung der pflegenden Angehörigen fordern wir ein **Investitionsprogramm zur Schaffung dringend benötigter zusätzlicher Plätze in Tages- und Kurzzeitpflege** (10 Mio. €).
- Energie ist für alle Menschen ein Kostentreiber und wir haben in Thüringen mit die höchsten Strompreise. Durch die neue Bundesregierung drohen weitere Belastungen für die Thüringer Bürger. Deshalb fordern wir die Vereinbarung einer **Thüringer Energiekostenbremse**, mit der sich die Landesregierung verpflichtet, vor einer Zustimmung zu Gesetzen im Bundesrat, die Einfluss auf die Höhe der Energiekosten haben, die Zustimmung des Landtags einzuholen.
- Das vielfältige und unbezahlbare **ehrenamtliche Engagement** darf nicht länger als selbstverständlich und kleinbürgerliche „Heimatduselei“ abgetan werden. Das Ehrenamt prägt und bereichert das Leben vor Ort, es ist der Kitt, der die örtliche Gemeinschaft zusammenhält. Entscheidenden Anteil hieran haben die vielen Thüringer Vereine. Gerade hier hat die Corona-Pandemie tiefe Spuren hinterlassen. Wir fordern deshalb ein **Sofort-Maßnahmenpaket für die Vereinsentwicklung** zur aktiven Mitgliedergewinnung und zur Unterstützung von Digitalisierungsprojekten sowie der vereinspezifischen Sportentwicklung und Stärkung des Vereinslebens (3,5 Mio. €). Im Bereich der **Sportinfrastruktur** kommen flankierend der Mehrbedarf an Investitionsmitteln für die Gemeinden und die Förderung des **vereinseigenen Sportstättenbaus** hinzu (zusammen + 5 Mio. €).

- Für die Heimat- und Brauchtumpflege, z. B. für die Unterstützung von **Heimattuben und Vereine**, fordern wir eine **Aufstockung der Mittel der Ehrenamtsstiftung** (+ 1 Mio. €). Und durch ein Sonderprogramm für die **Sanierung von Dorfkirchen** (+ 3,5 Mio. €) sowie eine bessere Finanzierung der öffentlichen gemeinnützigen **Musik- und Jugendkunstschulen** (+ 1 Mio. €) (Drs. 7/3385) soll Teilhabe an der Kultur und der Gemeinschaft vor Ort ermöglicht werden.
- Eine **Familien-App** als Informationsplattform (1 Mio. €) soll über bestehende Leistungen, Ideen sowie familienfreundliche Einrichtungen informieren und die verschiedenen Angebote vernetzen.

4. Leistung muss sich lohnen – den Mittelstand entlasten

Mit Rot-Rot-Grün steht die Thüringer Wirtschaft mit beiden Beinen auf der Bremse, statt auf das Gaspedal zu treten. Beim Wirtschaftswachstum liegt unser Freistaat seit über fünf Jahren unter dem Bundesschnitt und dem Durchschnitt der neuen Bundesländer. Thüringen fällt zurück. Unternehmen werden mit Bürokratie überhäuft und gegängelt, bei der Fachkräftegewinnung und Nachfolgeregelung allein gelassen. Das muss sich schleunigst ändern, Thüringen muss wieder nach vorne marschieren. Jetzt gilt es durch gezielte Investitionen und der Abkehr von überflüssigen Vorschriften die Wirtschaft wieder zu entfesseln, um den Thüringern sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze zu bieten.

- In der Pandemie hat der Fachkräftemangel in der öffentlichen Wahrnehmung an Bedeutung verloren. Das ändert nichts daran, dass er eklatant ist! Allein bis 2030 fehlen Thüringen 300.000 Fachkräfte. Diesen Mangel zu bekämpfen, muss endlich Chefsache werden. Wir fordern eine **Fachkräfteinitiative: „Fachkräfte für Thüringen“** in 2022: Aufstockung der Mittel für **Fachkräftegewinnung** (+ 2 Mio. €), Beschleunigung und Vereinfachung der **Anerkennung ausländischer Abschlüsse** durch das Landesverwaltungsamt, Werbekampagne für das Handwerk und den Mittelstand sowie die Unterstützung der Thüringer Hochschulen bei der Anwerbung neuer Studenten mit einem erweiterten Marketing (+ 1 Mio. €). Gleichzeitig müssen die **Berufsschulstandorte** gestärkt werden. Darüber hinaus fordern wir eine Verstärkung des von uns durchgesetzten **Meisterbonus** sowie der **Meistergründungsprämie**.
- Innovationsförderung muss im Wirtschaftsministerium an oberster Stelle stehen. Um allen Unternehmen eine faire Chance auf Förderung zu garantieren, müssen die Bedingungen bei der Gemeinschaftsaufgabe **„Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“** so ausgestaltet sein, dass die Mittel nicht wieder weit vor Ablauf des Jahres erschöpft sind. Darüber hinaus brauchen Bereiche, in denen der Transformationsprozess besonders intensiv ausfällt – etwa Automotive oder der **innerstädtische Handel oder Gastronomie** –, dringend Unterstützung. Hierfür bedarf es gezielter Stabilisierungsmaßnahmen durch einen Sonderfonds im Rahmen des **Zukunftspakts Automotive** (7 Mio. €) sowie einen kommunalen Verfügungsfonds für aktives Leerstandsmanagement (1,5 Mio. €). Auch im Wirtschaftsplan **Corona-Sondervermögen** müssen die besonderen Schwierigkeiten der Gastronomie beachtet werden. Wir fordern die Landesregierung auf, eine Initiative für eine **einheitliche Mehrwertsteuer von 7 Prozent im Gastgewerbe** zu starten.
- Thüringens Unternehmen müssen von Bürokratie entfesselt werden. Der Mittelstand muss wieder atmen können. Wir fordern eine grundlegende Vereinfachung des Thüringer **Vergabegesetzes** (Drs. 7/2209) sowie eine Entbürokratisierung des **Ladenöffnungsgesetzes** und seiner Umsetzung mit unrealistischen und überzogenen Nachweispflichten (Drs. 7/1726).

- Regeln müssen lebensnah und praxistauglich werden. Der oft versprochene Bürokratieabbau ist bisher nur eine Ankündigung. Was es braucht, ist ein **maßvoller Datenschutz** und nicht ständig neue Dokumentations- und Nachweispflichten mit immer komplexeren Verfahren und Formularen. Eine Kommission aus Praktikern soll hierfür Impulse von außen setzen. Dafür muss die bereits für 2021 geplante Einsetzung der **Anti-Bürokratie-Kommission 2022** (Drs. 7/4084) zwingend umgesetzt werden (180 T €). Erster Arbeitsauftrag der Kommission für 2022 ist ein Praktikerbericht für machbare Datenschutzregeln. Nicht erst Corona hat gezeigt, wie unsinnig manche Bestimmungen sind. Es bedarf dringend einer Überprüfung streichbarer Regeln. Zentrales Element eines effizienten und zügigen Verwaltungshandelns ist auch die Umsetzung der **Verwaltungsdigitalisierung und eine Anpassung des E-Government Gesetzes um die OZG-Vorgaben zu erreichen**.

5. Solide und generationengerecht haushalten – sinnvoll in die Zukunft investieren

In den letzten Jahren hat die rot-rot-grüne Landesregierung über die finanziellen Verhältnisse gelebt. Trotz hoher Steuereinnahmen attestiert der Thüringer Rechnungshof der Landesregierung, dass die Haushaltslage „problematisch zu bewerten“ ist. Für die CDU muss der Haushalt 2022 der Beginn des Umsteuerns sein. Die Ausgaben müssen sich den finanziellen Möglichkeiten anpassen, sich auf Zukunftsinvestitionen konzentrieren und die Lasten für kommende Generationen verringern. **Zukünftigen Generationen dürfen nicht immer neue Lasten aufgebürdet werden!**

- **Generationendividende:** Eine Haushaltspolitik ohne fortlaufende Anstrengungen zur Konsolidierung ist nicht verantwortbar. Die gestiegenen konsumtiven Ausgaben stellen keine Investitionen in die Zukunft dar. Deswegen müssen alle Ministerien eine **Generationendividende von insgesamt 500 Mio. € im Haushaltsjahr 2022** durch eine globale Minderausgabe erbringen. In den Jahren 2018 bis 2020 beliefen sich allein die jährlichen Ausgabereste auf durchschnittlich 460 Mio. € und belegen die nicht sachgerechte Mittelveranschlagung bei der Haushaltsaufstellung. Wir fordern ein maßvolles Ausgabevolumen, welches auf dem Niveau von 2020 und den zusätzlichen Steuereinnahmen eine **Gesamthöhe von 11,8 Mrd. €** nicht übersteigt.
- **Corona-Sondervermögen:** Die Corona-Pandemie fordert die Bürger und Unternehmen in Thüringen. Deswegen wird das Corona-Sondervermögen fortgesetzt und sollte nur die unmittelbaren Folgen für Bürger, Kommunen, Organisationen und Unternehmen finanzieren. Mit einer Zuführung von 50 Mio. € aus dem Haushalt 2022 und den verbliebenen circa 50 Mio. € aus dem bestehenden Corona-Sondervermögen stünden 100 Mio. € zur Finanzierung der Pandemiekosten zur Verfügung. Die gleichzeitige Tilgung der Corona-Kredite des Sondervermögens mit einer Laufzeit von acht Jahren ist mit 150,5 Mio. € einzuhalten.
- **Vorausschauende Personalplanung:** Thüringen besitzt eine der höchsten Personalquoten aller Bundesländer. Der rot-rot-grünen Landesregierung fehlt eine vorausschauende Personalplanung, was an über 4.000 unbesetzten Stellen im Landesdienst und weiteren Stellenaufwüchsen im Haushalt sichtbar wird. Angesichts der fortschreitenden Digitalisierung und einer geringer werdenden Bevölkerung darf es **keine weiteren Stellenmehrungen im Haushalt 2022** geben. Im Jahr 2022 soll die Landesregierung ein **Landespersonalentwicklungskonzept 2030** vorlegen. Außerdem fordern wir, dass alle Ministerien mit einer Staatssekretärsstelle auskommen müssen.

- **Evaluierung und Konsolidierung des Fördermitteldschungels:** Regelmäßig werden aufgelegte Programme kaum in Anspruch genommen, obwohl die Mittel dringend gebraucht werden. Grund dafür ist häufig die übertriebene Komplexität und Überbürokratie der Thüringer Fördermittellandschaft, die dringend auf den Prüfstand gestellt werden muss. Gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Wirtschaftsverbänden sollte in 2022 eine Überprüfung und Vereinfachung stattfinden.

Mit den prognostizierten Steuermehreinnahmen von 82 Mio.€, der Generationendividende in Höhe von 500 Mio. € und weiteren Einsparvorschlägen der CDU-Fraktion von fast 100 Mio. € kann der Haushalt 2022 für mehr Zukunftsinvestitionen und mehr Generationengerechtigkeit umgesteuert werden.

Zusammenfassung unserer haushaltsbegleitenden Forderungen und Maßnahmen:

- Reform des kommunalen Finanzausgleichs
- Aufnahme des vollständigen Konnexitätsprinzips in die Thüringer Verfassung (Drs. 7/1628)
- Einführung einer 1.000-Meter-Abstandsregelung von Windkraftanlagen (Drs. 7/1584)
- Umsetzung des Landtagsbeschlusses zur Digitalisierung des Thüringer Schulwesens (Drs. 7/3843)
- Änderung des Schulgesetzes (Drs. 7/4521)
- Videoüberwachung an gefährlichen Orten (Drs. 7/1727)
- Einführung von Bodycams durch Änderung des Polizeiaufgabengesetzes (Drs. 7/2792)
- Verbesserung der Gesundheitsversorgung in Thüringen (Drs. 7/2041)
- Gesetz für Musik- und Jugendkunstschulen (Drs. 7/3385)
- Änderung des Thüringer Vergabegesetzes (Drs. 7/2209)
- Änderung des Ladenöffnungsgesetzes (Drs. 7/1726)
- Aufstockung Fachkräfteinitiative und Vereinfachung Anerkennung ausländischer Abschlüsse
- Verstetigung Meisterbonus und Meistergründungsprämie
- Einsatz Anti-Bürokratie-Kommission und maßvoller Datenschutz (Drs. 7/4084)
- Auflage eines Zukunftsprogramms Geburtshilfe
- Erarbeitung eines Integrierten Mobilitätskonzepts
- Errichtung des Innovationszentrum Holz
- Ermöglichung von Pilotprojekten für innovatives Bauen mit nachhaltigen Rohstoffen
- Evaluierung und Maßnahmen für Bauen und Wohnen in Thüringen
- Fortschreibung des Landeskrankenhausplans
- Investitionsprogramm für zusätzliche Plätze in der Tages- und Kurzzeitpflege
- Vereinbarung einer Thüringer Energiekostenbremse
- Erarbeitung eines Landespersonalentwicklungskonzept 2030
- Überprüfung und Vereinfachung von Förderprogrammen
- Streichung des eigenständigen Landesaufnahmeprogramms für Flüchtlinge